

Bern, 9. Januar 1995

COMMUNIQUE

zur heutigen Medienkonferenz der SP "Bio-Land Schweiz"

Unhaltbare Behauptungen

Das Komitee "für eine umwelt- und marktgerechte Landwirtschaft" weist Behauptungen der SP zu den drei Landwirtschaftsvorlagen vom 12. Dezember entschieden zurück.

Das Komitee weist darauf hin, dass der neue Verfassungsartikel mehr Markt und eine umweltgerechte Produktion in der Landwirtschaft fordert: Dem Umweltschutz kommt somit in der Verfassungsgrundlage ein wichtiger Stellenwert zu.

Mit der Einführung der ökologischen Direktzahlungen verfügt die Agrarpolitik über ein wirkungsvolles und effizientes Instrumentarium, um auch die Ziele im ökologischen Bereich zu erreichen. Die mit dem 7. Landwirtschaftsbericht eingeleitete Reform der Agrarpolitik zeigt nachweisbare Umwelterfolge: Abnahme der Tierbestände und damit Rückgang der Düngerbelastung, rückläufiger Einsatz von Handelsdüngern und Pflanzenschutzmitteln (20 - 25 %), starke Zunahme von IP- und Bio-Betrieben, zunehmende Verbreitung tiergerechter Aufstallungssysteme, Erhaltung von Hochstammobstbäumen, Pflege von ökologischen Ausgleichsflächen usw..

Die schweizerische Landwirtschaft kann sich dem Markt nicht entziehen. Das eingeleitete Konzept der Agrarreform gibt den Bauern mehr Handlungsspielraum und Eigenverantwortung und sichert damit die nötige Flexibilität am Markt. Es wird eine Agrarpolitik angestrebt, die genügend Marktanteile für eine wettbewerbsfähige, professionelle und produzierende Landwirtschaft sichert. Die von der Agrarpolitik verfolgte Marktanteilstrategie gewährleistet die Erhaltung von Arbeitsplätzen im Ernährungssektor (insgesamt über 300'000 Arbeitsplätze). Die Landwirtschaft ist auf ein günstiges wirtschaftliches Umfeld angewiesen. Zudem müssen die Marktordnungen reformiert und auf eine effiziente Vermarktung ausgerichtet werden. Die Agrarreform und die drei Vorlagen vom 12. März unterstützen diese Marschrichtung. Sie zielen auf ein Gleichgewicht zwischen Markt (Oekonomie) und Umwelt (Oekologie). Darin findet der Bio-Landbau seinen berechtigten Platz. Gemäss den SP-Vorstellungen soll die inländische Landwirtschaft jedoch mit Geboten und Verboten zwingend auf "Bio" uniformiert werden. Diese Planwirtschaft widerspricht allen marktwirtschaftlichen Grundsätzen. Es ist nicht sinnvoll, wenn in der Schweiz für ganz Europa ausschliesslich Bio-Produkte produziert und die Nachfrage in der Schweiz nach anderen Produkten durch billige Importe gedeckt wird. Die damit verbundenen ökologisch unsinnigen Transporte schaden der Umwelt und widersprechen dem Grundgedanken einer vermehrten Oekologisierung.

Die SP-Agrarpolitik verfolgt eine einseitig auf "Bio" und "Direktzahlungen" ausgerichtete Strategie. Demgegenüber strebt der neue Verfassungsartikel und die beiden anderen Vorlagen vom 12. März eine pragmatische Vorgehensweise an: Oekologie soll mit marktwirtschaftlichen Anreizen gefördert werden. Dieses Vorgehen verdient das Vertrauen der Stimmbürger.